

Pressemitteilung

19.10.2016

BPI zur Zytostatika-Fachanhörung im Gesundheitsausschuss

Riskante Rabattvertragssystematik nicht auf onkologische Arzneimittelversorgung übertragen

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) warnt die Politik davor, die problematische Rabattvertragssystematik auf die Versorgung im Zytostatikabereich zu übertragen. „Der Gesetzgeber schafft mit dem Vorhaben, parallele Regelungsinstrumente sowohl über die Hilfstaxe als auch über Rabattausschreibungen einzuführen, eine unlösbare Vertragssituation“, so Dr. med. Martin Zentgraf, BPI-Vorstandsvorsitzender. „Dies wird zu einer unsicheren und damit schlechteren Versorgung von Krebspatienten führen.“ Im Vorfeld der anstehenden Fachanhörungen rät Zentgraf den politisch Verantwortlichen, die Idee der Zytostatika-Ausschreibung zu verwerfen und stattdessen die Hilfstaxe qualitativ weiterzuentwickeln.

Ausschreibungen im Rabattvertragsmarkt führen bereits jetzt zu Unsicherheiten in der Versorgung, zur Marktkonzentration und zwingen Hersteller immer wieder zu Marktrückzügen. Die Konzentration auf nur wenige Anbieter für einen Wirkstoff birgt darüber hinaus die Gefahr von Versorgungsengpässen. „Die Zytostatika-Versorgung ist ohnehin auf wenige Hersteller konzentriert und ungleich komplexer. Sie birgt höchste Risiken, die sich durch die im Regierungsentwurf vorgesehenen parallelen Verhandlungen über den Preis in der Hilfstaxe sowie über Direktabattausschreibungen noch verschärfen“, so Dr. Martin Zentgraf. Für den BPI-Vorsitzenden ist das nicht nachvollziehbar. Alle Erfahrungen sprechen dagegen. Zentgraf: „Das Gesetzesvorhaben würde die in Deutschland nach wie vor hochwertige, lückenlose und schnelle Versorgung mit Krebsmedikamenten gefährden. Risiken, die beispielsweise durch eine Bevorratung mit Produkten aller Rabattvertragspartner entstehen würden, müssen bei den anstehenden Beratungen bedacht werden.“ Der BPI fordert die Politik auf, auch unter Einbeziehung der Herstellerverbände, tragfähige Lösungen für die Versorgung mit Zytostatika zu entwickeln.

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V. (BPI) vertritt das breite Spektrum der pharmazeutischen Industrie auf nationaler und internationaler Ebene. Über 240 Unternehmen mit ca. 73.000 Mitarbeitern haben sich im BPI zusammengeschlossen

Ihr Ansprechpartner: Richter, Julia (Pressesprecherin); Tel.: +49 30 2 79 09-1 31; jrichter@bpi.de